



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/226 - 1. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 686 690

Hinweise
auf den Inhalt:

Das Ergebnis der Konferenz vom 29. September	S. 1
Um die Weltkontrolle der friedlichen Atomenergie	S. 3
Strassenfonds und Gemeindeinteressen	S. 5
Zur Kontakt-Initiative der FDP	S. 7

Saarlösung und Europaproblem

Von Herbert Wehner, MdB.

Es wird allgemein begrüsst werden, wenn sich nach der Zusammenkunft der Regierungschefs und der Aussenminister Frankreichs und der Bundesrepublik in naher Zukunft der Abschluss des so lange umstrittenen Saarabkommens als möglich erweisen wird. Die Saarfrage hat schon allzulange das deutsch-französische Verhältnis belastet. Das bisherige Unvermögen beider Seiten, eine realistische und gerechte Lösung des Saarproblems zustandezubringen, hat sich auch nachteilig auf die Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands ausgewirkt. Wenn jetzt - ungefähr ein Jahr nach dem Willensentscheid der Bevölkerung des Saargebietes - die Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik endlich den Weg gefunden^{zu} haben scheinen, das Saargebiet auch rechtlich wieder der Bundesrepublik einzufügen, so wird damit der Weg zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten von einem bössartigen Hindernis befreit.

Offenbar ist diese Verständigung mit erheblichen finanziellen Zugeständnissen der Bundesrepublik an Frankreich verknüpft. Es wäre sinnlos, sie verschleiern zu wollen. Die Erkenntnis, dass gewisse finanzielle Zugeständnisse an Frankreich unvermeidlich sein würden, ist von der Opposition schon vor Jahren zum Ausgangspunkt realistischer Vorschläge zur Lösung der Saarfrage gemacht worden. Dr. Kurt Schumacher war es, der zuerst im Jahre 1950 vorschlug, die Bundesregierung solle der fran-

zösischen Regierung den Vorschlag zu einem umfassenden Wirtschaftsabkommen unterbreiten. Der Bundeskanzler schlug aber stattdessen den Weg einer Verknüpfung der Saarfrage mit europäischen Teilintegrationsplänen ein, in dessen Verlauf die Gefahr heraufbeschworen wurde, dass die tatsächlich und rechtliche Trennung des Saargebiets von der Bundesrepublik für lange Zeit besiegelt worden wäre. Doch im Oktober 1956 gab der Bundeskanzler der Beibehaltung der Trennung des Saargebiets von der Bundesrepublik den Vorzug vor einem deutsch-französischen Abkommen, durch das mit Hilfe wirtschaftlicher Zugeständnisse die Zugehörigkeit des Saargebiets zur Bundesrepublik hätte erkauft werden sollen, obwohl auch die damals noch zur Regierungskoalition gehörende FDP sich die Forderung nach einem wirtschaftlichen Angebot zu eigen gemacht hatte. Nachdem durch die Willenskundgebung der Bevölkerung des Saargebiets vom 23. Oktober 1956 nicht mehr daran zu zweifeln ist, dass dieses Gebiet auch rechtlich zur Bundesrepublik gehören will, musste sich der Bundeskanzler schliesslich doch zu deutsch-französischen Verhandlungen bereit finden, bei denen es um eine Verständigung über französische Forderungen gegangen ist, die weitgehende wirtschaftliche und finanzielle Zugeständnisse der Bundesrepublik zur Voraussetzung der Ablösung der faktischen französischen Hoheitsgewalt über das Saargebiet zum Gegenstand haben.

Wenn die Regierungen in Paris und in Bonn nunmehr den Weg gefunden zu haben scheinen, den französischen Forderungen Genüge zu leisten und den Termin zur rechtlichen Wiedereingliederung des Saargebiets in die Bundesrepublik Deutschland in greifbare Nähe zu rücken, so wird es jetzt um so notwendiger, durch innerdeutsche Massnahmen die Gewähr dafür zu schaffen, dass nicht die Bevölkerung des Saargebiets durch die Auswirkungen dieser unvermeidlichen Zugeständnisse belastet wird. Für die gewerbliche Wirtschaft des Saargebiets darf die dreijährige sogenannte Übergangszeit nicht eine Zeit der Lahmung und Aushöhlung werden; es muss vielmehr ernsthaft daran gegangen werden, in diesen Jahren durch sinnvolle Unterstützung die gewerbliche Wirtschaft des Saargebiets wettbewerbsfähig zu gestalten.

Bei genauer Prüfung der Bestimmungen über die sogenannte Übergangszeit, in denen offenbar festgelegt worden ist, dass die französischen Währungs-, Steuer- und Zollbestimmungen unverändert fortgelten sollen, wird es sich herausstellen, an welchen Stellen von der Bundes-

republik aus Vorsorge dafür getroffen werden muss, die saarländische gewerbliche Wirtschaft nicht schutzlos der Gefahr einer "Wartezeit" vor der Währungsumstellung und ihren Begleiterscheinungen auszusetzen. Die nachteiligen Wirkungen der Kanalisierung des Moselkanals und des für lange Jahre fortdauernden Abbaus der Warndtkohle von französischer Seite auf die Existenzgrundlagen der Bevölkerung des Saargebiets müssen weitestmöglich aufgefangen und durch gemeinsame Anstrengungen von der Saarbevölkerung abgewälzt werden. Hierbei handelt es sich um Aufgaben, die als gesamt-nationale Verpflichtungen von allen Deutschen gelöst werden müssen und nicht die Saar belasten dürfen.

Es darf nicht lange damit gezögert werden, durch die Ergänzung des Grundgesetzes die erforderliche gesetzliche Grundlage für die zur Bewältigung der Probleme der dreijährigen sogenannten Übergangszeit unvermeidlichen speziellen Gesetzgebungskompetenzen des Saarlandtages zu schaffen. Ohne sie und ohne ein umfassendes Investitionsprogramm der Bundesregierung würde die für Januar 1957 vorgesehene "politische" Eingliederung des Saargebiets in die Bundesrepublik bei dreijähriger Fortdauer der besonderen Währungs- und Zollbestimmungen Frankreichs an der Saar eine nur schwer erträgliche Lösung darstellen.

Was die bei Gelegenheit der französisch-deutschen Regierungsbesprechungen so betont hervorgehobenen neuen Ansätze zu intensiverer europäischer Zusammenarbeit praktisch bedeuten werden, wird nur daran er-messen werden können, was beide Seiten in nächster Zeit tatsächlich tun werden, um die doch erschwerend ins Stocken geratenen Verhandlungen zur Vorbereitung eines Abkommens über die stufenweise Verwirklichung eines "Gemeinsamen Marktes" und vor allem über die Bildung einer europäischen Gemeinschaft zur friedlichen Verwendung der Atomenergie zu einem annehmbaren Abschluss zu bringen. Bisher haben beide Seiten durch ihre speziellen Vorbehalte nicht dazu beigetragen, diese Verhandlungen zu einem baldigen guten Ende zu bringen.

Die Erwähnung des alten französischen Vorschlags eines Rüstungs-pools ruft Erinnerungen an den heftigen Widerstand des Wirtschaftsministers Erhard und an die kalte Behandlung dieses Vorschlags durch den Verteidigungsminister Blank nach. Es ist noch nicht abzusehen, wie die auf diesen Gebieten bisher wirksam gewesenen Hemmungen überwunden werden sollten. So lange das nicht klar ist, wird man befürchten müssen, dass die Beschöpfung "Europas" auch nach der inzwischen sichtbar gewordenen französisch-deutschen Verständigung über die Saarfrage noch keine konkretere Bedeutung hat als zu der Zeit, in der man sich auf beiden Seiten krampfhaft bemühte, die "Integration Europas" um die Separation des Saargebiets von der Bundesrepublik herum zu kristallisieren. Es ist zwar die Mühe wert, die bestehenden europäischen Zusammenhalte mit neuem Willen zu wirkungsvollerer Zusammenarbeit zu durchpulsen, aber man wird erheblich dazu lernen müssen, wenn man zu praktischen Ergebnissen gelangen will.

Die Atombombengefahr beseitigt keine Weltbehörde

Dr.R. In New York hat eine Weltkonferenz um eine Welt-Atomenergie-Behörde begonnen. Die Vertreter von 87 Nationen sind daran beteiligt. Das sind nicht alle Staaten der Welt. So fehlt wieder einmal Peking, weil die Mitgliedschaft in UNO oder UNESCO die Voraussetzung zur Teilnahme war. Aber wissen die Gastgeber, ob es sich nicht eines Tages als böser Fehler herausstellen kann, Peking von Anfang an ausgeschlossen zu haben? Da es als ausgeschlossenes Land nicht mitteilungs-pflichtig ist, könnten einmal von dieser Seite Überraschungen kommen, die nicht auf chinesische als vielmehr auf nur nach China verlagerte sowjetische Arbeiten zurückzuführen wären. Der Prestigeerfolg einer so antichinesisch ausgerichteten Politik braucht nicht unbedingt ein langes Leben zu haben.

Seit fast drei Jahren wird über diese Weltbehörde verhandelt. Die meiste Zeit verging mit diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Washington und Moskau. Inzwischen war das Statut im Entwurf vorbereitet worden, an dem ausschliesslich Staaten der westlichen Hemisphäre mitgearbeitet hatten. In seiner nunmehr der Weltkonferenz vorliegenden Form entspricht es ungefähr dem ursprünglichen amerikanischen Entwurf, wie er als Ausgangspunkt der Initiative Präsident Eisenhowers diente. Er hat eine grosse Schwäche: Er behandelt nur die friedliche Ausnutzung der Atomenergie und nimmt daher von der Menschheit keineswegs die Atomangst, die ihre Gedanken stärker beschäftigt als der Segen, der einer friedlichen Anwendung innewohnt. Da es zu einem Verbot der militärischen Ausnutzung der Atomenergie bisher nicht gekommen ist und erwartungsgemäss auch nicht kommen wird, solange die Ansichten der beiden atomaren Grossmächte über die Kontrolle nicht auf einen Nenner gebracht werden können, bleibt der Gewinn, den die neue Behörde auf wirtschaftlichem Gebiet vielleicht bringen kann, ständig von der Wolke der atomaren Vernichtung überschattet.

Das ist und bleibt das Un erfreuliche dieser weltweiten Versuche, sich über das Atom zu einigen. Andererseits ist die Unterstellung der Weltbehörde unter die UNO noch keineswegs sicher, obwohl eine Meldepflicht bei Verstößen in Richtung auf eine militärische Verwendung der durch die Behörde zur Verfügung gestellten spaltbaren Materialien vorgesehen ist. Man fürchtet immer noch das sowjetische Veto bei einem

festen Einbau der Behörde in die Vereinten Nationen. Die Struktur der neuen Behörde ist recht kompliziert. Es soll einen Rat von Gouverneuren geben, 23 an der Zahl, die einen Generaldirektor bestimmen, der wiederum einen Stab von Wissenschaftlern und Inspektoren um sich hat. Eine Kernfrage ist, ob die Behörde Besitzerin des erzeugten spaltbaren Materials wird und es an die Mitgliedstaaten verteilt oder nur eine Art Genehmigungs- und Kontrollinstanz werden soll. Das würde dann den Zwang aufrechterhalten, dass die Uran nicht besitzender Länder bei der Belieferung mit Rohmaterial (oder aufbereitetem) auf Verträge bilateraler Art mit den Uran-Lieferanten angewiesen sind. Diese Verträge laufen leicht auf zusätzliche Kontrollrechte der Lieferanten über Verwendung und Forschung hinaus.

Im UNO-Gebäude von Lake Success wird man viele Wochen lang streiten, nicht zuletzt darüber, wer im Rate der Gouverneure sitzen wird, in welcher Stadt - Genf und Wien bewerben sich vornehmlich - die Weltbehörde zieht und wie verhindert werden soll, dass nicht eines der Mitglieder auf die Idee kommt, sich selbst heimlich einige Atombomben herzustellen. Denn es ist praktisch möglich, auf industrieller Ebene ein solches Verfahren der Gewinnung von Elektroenergie für friedliche Zwecke durch die Verwendung von Atommaterialien anzuwenden, bei dem die Quantität der verwendeten spaltbaren Atommaterialien nicht nur nicht abnimmt, sondern noch zunimmt. Auf diese Weise verwandeln sich ungefährliche Atommaterialien in explosive spaltbare Materialien, die die Grundlage für die Erzeugung von A- und H-Waffen darstellen. Allerdings ist diese Ansicht vor etwa einem Jahre von den USA zurückgewiesen worden, weil es Garantien und Formen der friedlichen Verwendung gebe, die die Gefahr einer militärischen Verwendung der für die Produktion von Atomwaffen geeigneten Materialien gar nicht entstehen lassen. Hier steht Ansicht gegen Ansicht.

Die zu gründende Behörde kann ein Segen für die Menschheit werden, wenn ihre Gründungsversammlung den Streit der Meinungen zwischen den verschiedenen Lagern überwindet. Allerdings erwartet man Schwierigkeiten von den Ländern des Ostblocks, aber auch von Indien. Von den 87 Delegationen sind es allerdings nur eine Handvoll, die es völlig in der Hand hat, ob die geplante Institution ein Erfolg oder ein Misserfolg wird. Auf jeden Fall werden sie die Atomgefahr auch nicht bannen können.

Die Verkehrsnot - auch Not der Gemeinden

Von H.G. Ritzel, M.d.B.

Der von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion einstimmig beschlossene Gesetzesentwurf über die Schaffung eines Strassenfonds und die Bundeshilfe für Strassenbau und Strassenunterhaltung sieht neben der Sicherung der Zweckbestimmung der aufkommenden Mittel vor allem eine Aufteilung des Fonds auch im Interesse der Gemeinden vor. Aus dem verfügbaren Aufkommen des Strassenfonds sollen dem Strassenbauhaushalt des Bundes 33 1/3 % als Bundesquote, den Ländern 33 1/3 % als Länderquote und den Gemeinden 20 % als Gemeindequote zugewiesen werden. Die restlichen 13 1/3 % sollen alljährlich zur Schwerpunktbildung zur Verfügung gehalten werden. Diese Schwerpunktquote kann dann überall dort eingesetzt werden, wo ein besonders dringlicher Bedarf auftritt.

Die Initiative der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion liegt nicht nur im allgemeinen Interesse einer entscheidenden Verbesserung unserer Strassenverhältnisse, sondern sie liegt auch im Interesse der Gemeinden. Das Haushaltsvolumen des Bundesverkehrsministeriums hat bisher eine befriedigende Entlastung der Gemeinden nicht gestattet. Das ist angesichts der Aufteilung des mehr als 35 Milliarden DM umfassenden Jahreshaushalts 1956 auch kein Wunder, wenn man weiss, dass für sämtliche Aufgaben des Bundesministeriums für Verkehr im ordentlichen Haushalt, der mit rund 31 1/2 Mrd. DM abschliesst, nur 4,6 % oder 1,4 Mrd. DM zur Verfügung stehen, während für militärische Zwecke für den Haushalt des Bundesministers für Verteidigung 8,7 Mrd. DM oder 27,8 % und für Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt nichtdeutscher Streitkräfte rund 750 Mio DM oder 2,4 % den ordentlichen Haushalt belasten.

Im ausserordentlichen Haushalt sind die Verhältnisse noch ungünstiger. Von den dort vorgesehenen Ausgaben von insgesamt 3,5 Mrd. DM entfallen auf Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt nichtdeutscher Streitkräfte 2,38 Mrd. DM oder 67,4 % und auf den Haushalt des Verkehrsministeriums 130 Mio DM oder 3,7 %.

Die Entlastung der Kommunen im Interesse auch der Sicherung eines ausreichenden Strassenbaus und einer genügenden Strassenunterhaltung ist umso dringlicher, als den Kommunen fortgesetzt neue Opfer zugemutet werden. Nicht die Kommunen sind es, die einen Juliusturm angesammelt

haben, aber die Kommunen sind es, die mit einem Verlust von 430 Mio DM pro Jahr die kommende Senkung der Gewerbesteuer verspüren und deren Grundsteueraufkommen durch das Bundeswohnungsbaugesetz mit weitgehender Steuerbegünstigung für neuerrichtete Wohnungen weiter gefährdet wird.

Der Kampf der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gilt auch dem Schutz der Gemeindefinanzen gegenüber den Forderungen der Bundesregierung auf Belastung der Gemeinden mit einem Drittel der drohenden Luftschutzzkosten. Die aktive Hilfe zugunsten der Gemeinden ist umso dringlicher, als sich in zahlreichen Gemeinden strukturelle Veränderungen durchgesetzt haben, die auch die Umstellung der kommunalen Massnahmen auf dem Gebiete des Strassenbaues, der Wasser- und Kanalisationsanlagen, der Schulkosten und Schulverwaltungskosten fordern, von der sozialen Belastung und der notwendigen Ausdehnung der Fürsorge für die Jugend durch Errichtung von Sportplätzen, Spielplätzen, Turnhallen, Schwimmbädern gar nicht zu reden.

Es bleibt zu hoffen, dass sich gegen den zu erwartenden Widerstand der Bundesregierung und insbesondere des Bundesfinanzministers eine Mehrheit im Bundestag findet, die erkennt, dass dennoch immer nicht in den Rang einer dritten Säule des Staatslebens erhobenen deutschen Gemeinden nicht durch Verfassungsänderungen und leere Versprechungen, sondern nur durch aktive Leistungen geholfen werden kann. Man muss auch endlich einmal der Erkenntnis Raum geben, dass die an sich notwendigen Bundesautobahnen, deren Netz immer weiter ausgedehnt werden muss, ihre selbstverständliche Voraussetzung haben in der Forderung, dass den modernen Autobahnen auch verkehrssichere Ortsdurchfahrten, Kreisstrassen und Landstrassen I. Ordnung beigegeben werden müssen. Es hat keinen Sinn, von einer gepflegten Autobahn in eine Ortsdurchfahrt oder auf eine Landstrasse zu geraten, deren Zustand eher an Sibirien als an jene konstruktive Politik im Strassenwesen erinnert, die mit dem sozialdemokratischen Antrag endlich gesichert werden soll.

Vorstoss in Neuland

sp. Der Beschluss der Freien Demokraten der Bundesrepublik, Kontakte mit den Liberalen Demokraten in Mitteldeutschland herzustellen, entspricht einer erfreulicherweise zunehmenden Tendenz, dort, wo es einigermaßen sinnvoll erscheint, Brücken über den Graben zu schlagen, der die beiden Teile Deutschlands trennt.

Die FDP glaubt, dass dies auch auf Parteiversammlungen geschehen könnte, die sie selbst mit liberaldemokratischen Rednern in der Bundesrepublik veranstaltet, vorausgesetzt, dass die entsprechende Möglichkeit auch in der Zone geschaffen wird. Vereinbarungen über ein solches Austauschverfahren liegen jetzt offenbar vor. Im Prinzip ist gegen einen solchen Versuch kaum etwas einzuwenden, da er der politischen Entkrampfung dienen kann. Ausserdem ist denkbar, dass auf diese Weise die Differenzierung der politischen Kräfte in der DDR und damit eine stärkere Demokratisierung des Lebens in der Zone gefördert wird. Die frei-demokratische Initiative ist zunächst auf das beiderseitige Auftreten von Parteirednern der FDP und der LDP hier wie drüben begrenzt. Offizielle Verhandlungen zwischen beiden Parteien, die über technische Verabredungen für solche Versammlungen hinausgehen, und die sich etwa auf organisatorische oder gar programmatische Themen beziehen, werden abgelehnt.

Die SED ist in dieser Hinsicht in einer anderen Lage. Es gibt, anders als bei CDU und FDP, in der Zone keine Parteiorganisation, die ihr auch nur von ferne entspräche. Die SED ist, zumal in ihrer politischen Repräsentanz eine Partei, die zur SPD in vollkommenem Gegensatz steht. Er ist vor allem auch dadurch bedingt, dass die SED die entscheidende Verantwortung für die Regierungsgrundsätze und die Zustände in Mitteldeutschland trägt.

Aus den Reihen der FDP ist in den letzten Jahren mancher Vorstoss gekommen, mit dem Ziel, den anscheinend hoffnungslos erstarrten allgemeinen West-Ost-Gegensatz aufzulockern. Die vorliegende Initiative setzt diese Bemühung für den deutschen Bereich fort. Das ist zu begrüßen, wie jede Anstrengung dieser Art, ob der Schritt nun Erfolg haben wird oder nicht.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau